

tums, die in heftigen Auseinandersetzungen mit einer anderen, die staats- und kirchenpolitischen Aufgaben des Mönchtums betonenden Richtung unterlag. Im Bunde mit der Staatsgewalt wurde die Gegenrichtung zur offiziellen Anschauung. Nil von der Sora hob gegen den religiösen Formalismus und äußerlichen Rigorismus der Gegenpartei die psychologische Feinsinnigkeit des religiösen Lebens der einzelnen Persönlichkeit hervor. „Von ihm weht der Geist der inneren Freiheit der sittlichen Vervollkommnung . . . Die Grundstimmung seines persönlichen asketischen Lebens . . . ist die Vervollkommnung der Seele“ (Igor Smolitsch, Russisches Mönchtum, Würzburg 1953, 110). Seiner Forderung des „geistigen Gebets“ und des „Nüchternseins des Herzens“ entsprechend, vertrat Nil auch die, wie Smolitsch hervorhebt, in Altrußland besonders seltene Meinung, daß die Pracht des Kirchenschmucks und der gottesdienstlichen Gewänder und Geräte für den Gottesdienst ohne Bedeutung seien (a. a. O., 112). Nils Anhänger, die „Uneigennütigen“ genannt, verwarfen aus ihrer asketischen Einstellung heraus prinzipiell den Klosterbesitz. Sein Gegner Josif von Volokolamsk „sieht in der klösterlichen Askese ein Mittel, die Mönchsgenerationen für kirchlich-organisatorische Aufgaben vorzubereiten. Er trachtete nach einer engen Verbundenheit der Kirche mit den Staatsaufgaben; Nil dagegen verlangte ihre vollkommene Unabhängigkeit und Trennung“ (a. a. O., 118). Das von Nil und seinen „Transwolgarstarzen“ gelebte „geistige Christentum“ setzte nach seiner Niederlage im Moskauer Staat des 16. Jahrhunderts seine Tradition in einem großen Teil des russischen Mönchtums fort und dürfte unter den heutigen Bedingungen, da der Gegenrichtung nach der Trennung von Kirche und Staat jede reale Basis entzogen ist, am ehesten die inneren Tendenzen breiter kirchlicher Kreise bestimmen. Um so bemerkenswerter ist die sich unter der Feder von Mitgliedern der Philosophischen Fakultät der Leningrader Universität recht positiv ausnehmende Charakteristik Nils, die hier im Wortlaut wiedergegeben sei.

„Für Nil von der Sora ist die Hinwendung zum inneren, geistigen Leben des Menschen und zu den Fragen der Sittlichkeit charakteristisch. Er war der Auffassung, daß der äußeren rituellen Seite nicht die Wichtigkeit und Bedeutung zukomme, welche die offizielle Kirche ihr beimißt. Für den geistlichen Hirten ist vor allem eine innere Eingebung und ständige sittliche Vervollkommnung vonnöten. In der Lehre Nils von der Sora liegt viel Mystisches, doch läßt die Mystik rationalistische Tendenzen durchscheinen. Neben der Verneinung des rituellen Elements in der Religiosität zeigt sich bei ihm eine Skepsis gegenüber den ‚Wundern‘ und sogar hinsichtlich der heiligen Schriften . . . Die Schriften der ‚Kirchenväter‘ müssen mit Verstand zur Hand genommen werden. Alles dies verband sich bei Nil von der Sora mit religiöser Toleranz zu den Andersgläubigen und Häretikern. Die ‚Uneigennütigen‘ unterlagen im Kampf mit den ‚Josiflianern‘, die den Kompromiß mit der weltlichen Macht eingingen; die offizielle kirchliche Ideologie triumphierte aufs neue. Die Ideen Nils von der Sora und seiner Anhänger wurden von verschiedenen Gesellschaftsschichten zur Begründung ihrer Bestrebungen ausgenutzt. Ihnen wandte sich die bojarische Reaktion zu, und auch die Häretiker stützten sich auf sie“ (Galaktionov und Nikandrov, 33). Die Kritik dieser Darstellung in den „Fragen der Philosophie“ rügt zunächst die „simplifizierende“ Tendenz bei der Beurteilung der Häresien durch die beiden Leningrader

Philosophen. Es sei nicht angängig, jede Gegnerschaft zur offiziellen Ideologie als fortschrittlich, diese aber im Gegensatz zur Häresie von vornherein als reaktionär abzutun. Das grundlegende Kriterium der Beurteilung, das Hauptproblem jener Zeit — nämlich der Kampf für die Vereinheitlichung Rußlands zum zentralisierten Staatswesen — sei von den Verfassern außer acht gelassen worden. Hiermit wird also der tastende Ansatz, der in dem rezensierten Buch in Richtung einer selbständigen philosophischen Betrachtungsweise gewagt wird, durch den historischen Materialismus zur Ordnung gerufen. Wohl habe die Richtung der „Uneigennütigen“ ein „wertvolles kritisches Element im Widerstreit gegen das Joch der koinobitischen Klöster“ enthalten, aber mit den übrigen Häresien sei ihr die Tendenz eigen gewesen, die Zersplittertheit Rußlands zu bewahren und zu vertiefen, wogegen die Richtung der Josiflianer „einer Verstärkung der historisch progressiven, zentralisierenden Tendenzen förderlich war“. Erzreaktionär sei gerade das Programm der „Transwolgarstarzen“ gewesen, die die totale Absage an die irdischen Interessen und die Flucht in die Waldeinsiedeleien forderten. Die von den „Uneigennütigen“ bekämpften koinobitischen Klöster seien Mittelpunkte der geistigen Kultur und zugleich Stützpunkte Moskaus im Kampf um die Vereinigung der russischen Lande gewesen („Voprosy filosofii“, Nr. 11, 1962, 163).

Gegen die positive — philosophische — Bewertung der christlichen Richtung eines Nils von der Sora sehen sich also die von der Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Fragen der Philosophie“ genötigt, eine — historische — Rechtfertigung der Josiflianer und der Rolle der russischen Klöster zu geben. Natürlich geschieht dies, immer im Rahmen des historischen Materialismus, nur hinsichtlich eines Teilaspekts. Nichtsdestoweniger zeigt der Vergleich mit anderen Stellungnahmen zur Rolle der russischen Klöster (vgl. ds. Jhg., S. 79) das in der Sache begründete ständige Lavieren der antikirchlichen Propaganda im Kampf gegen alle Tendenzen, die auch nur im entferntesten einer religiös-kirchlichen Auffassung geschichtlicher Tatsachen Vorschub leisten können.

Aus der totalitären Welt

Die Deutschlandpolitik der SED und die Aufgabe der Ost-CDU

In der zweiten Märzhälfte vergangenen Jahres wurde das sog. „Dokument“ des „Nationalrates der Nationalen Front“ mit dem Titel: „Die geschichtlichen Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Das „Dokument“ umfaßt drei enggedruckte Seiten im „Neuen Deutschland“ (27. 3. 62). In ihm wird eine z. T. neue Konzeption für die künftige Deutschlandpolitik der SED entwickelt — in weitgehender Übereinstimmung mit dem Grundsatzreferat, das Walter Ulbricht fast gleichzeitig vor dem „Nationalrat“ gehalten hat (veröffentlicht in „Neues Deutschland“, 28. 3. 62). Nach dem Willen der Partei soll das „nationale Dokument“ als „politische Grundlage der Arbeit für einen langen Zeitraum“ dienen.

Die derzeitigen Machtverhältnisse in Deutschland werden in dem „Dokument“ — in Übereinstimmung mit der bisherigen Propagandaschablone — wie folgt gekennzeichnet:

In der „DDR“ regiere „das Volk — Kommunisten und Nichtkommunisten, Christen und Atheisten — . . . Hier hat alles

seine Heimstatt, was es in der deutschen Geschichte an Gutem, Schönerem und Fortschrittlichem gibt. ... In der westdeutschen Bundesrepublik herrschen heute Menschenverachtung, Ausbeutung, klerikales Dunkelmännertum, Geld- und Eroberungsgier und Militarismus. Das heißt, in der westdeutschen Bundesrepublik wird — durch eine Scheindemokratie getarnt — alles konserviert und belebt, was es in der deutschen Geschichte an Rückständigem, Barbarischem und Unmenschlichem, an Dummheit und Borniertheit — gegen das eigene Volk und gegen andere Völker — gibt. Dieser westdeutsche Staat ist der Vergangenheit, einer überlebten Zeit der Ausbeutung und des Krieges, zugewandt.“ Zwar gebe es auch „fortschrittliche“ Menschen in Westdeutschland, „aber unter der Herrschaft der Imperialisten, der Militaristen und des politischen Klerikalismus dringen diese positiven Bemühungen nicht durch. In der Regel werden sie erstickt von den antihumanistischen Einflüssen des deutschen Militarismus, des Klerikalismus und der Unkultur des amerikanischen Imperialismus... Im Unterschied zu Westdeutschland fördert der sozialistische deutsche Staat Wissenschaft und Kultur ohne Rücksicht auf Profite der hier nicht mehr vorhandenen Monopole, Banken und Rüstungsindustriebetriebe, ohne Rücksicht auf die Interessen des klerikalen Dunkelmännertums und ohne Rücksicht auf andere reaktionäre, undemokratische und arbeiterfeindliche Tendenzen.“

Der Tenor dieser Ausführungen ist gehässig-antiklerikal. Nach Ansicht der SED-Führer ist der „politische Klerikalismus“ die wichtigste Stütze des „Adenauer-Regimes“. Daher wird der Kampf gegen den „politischen Klerikalismus“ als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen. Insgesamt betrachtet, läßt die SED-Führung jedoch nur verhältnismäßig selten antiklerikale Töne im „Dokument“ anklingen. Und das ist bezeichnend für ihre Taktik. Sie versucht, psychologisch geschickt vorzugehen. Zu stark betonter Antiklerikalismus könnte auf Ablehnung stoßen und die Durchsetzung der Ziele der Nationalen Front erschweren.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in der Sicht der SED
Im „Dokument“ des Nationalrates werden folgende Prämissen für eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschland genannt:

„Das deutsche Volk kann nur wiedervereinigt werden, nachdem in Westdeutschland die friedliebenden Kräfte den deutschen Imperialismus überwunden haben und das Volk seine Geschicke in die eigenen Hände genommen hat. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und das durch die Kraft des Volkes von der Herrschaft der deutschen und ausländischen Monopole befreite antifaschistisch-demokratische Westdeutschland werden sich die Hand zur Wiedervereinigung reichen“ (Neues Deutschland, 27. 3. 62, S. 3).

Dies bedeutet: das Nahziel, das die SED-Machthaber politisch und gesellschaftlich gegenüber der Bundesrepublik verfolgen, geht auf die Errichtung einer „Volksfrontregierung“ („antifaschistisch-demokratische Ordnung“) aus als Zwischenstufe zum — kommunistisch verstandenen — „Sozialismus“.

Obwohl diese im „Dokument“ entwickelte Konzeption nicht grundlegend neu ist, muß man in ihr jedoch den Beginn einer neuen Etappe in der gesamtdeutschen Politik der SED sehen. In den ersten Nachkriegsjahren, von 1948 bis 1955, hieß die Losung: „Einheit und gerechter Frieden“ und „Deutsche an einen Tisch“. Die SED-Führung war damals sogar bestrebt, den „sozialistischen“ Volksfront-Charakter der Nationalen Front zu verschleiern; sie hoffte vielmehr, durch „Verständigungsgespräche“ sich eine entsprechende Ausgangsposition für ihre gesamtdeutsche Politik zu verschaffen.

Ab 1955 bemühte sich Ulbricht, gegen den Widerstand der Politbüro-Mitglieder Karl Schirdewan und Fred Oelßner sowie zahlreicher anderer Parteimitglieder, die „sozialistische Zielsetzung“ offen in der Nationalen Front zu ver-

ankern und dazu überzugehen, das Tempo des „sozialistischen Aufbaus“ zu beschleunigen. Die „sozialistische Ordnung“ sollte in der „DDR“ vorangetrieben und auf allen Gebieten gefestigt werden, Rücksichtnahmen auf die „zurückbleibende“ Entwicklung in der Bundesrepublik sollten außer acht gelassen werden. Die Auffassung von Schirdewan, Oelßner und anderer, nicht durch forcierte Entwicklung des „Sozialismus“ die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und die Wiedervereinigung zu erschweren, wurde scharf zurückgewiesen. In Übereinstimmung mit der Ulbrichtkonzeption wurde jedoch die politische Aktivität Pankows in der Bundesrepublik etwas gedrosselt. Ulbricht nannte damals die Erhaltung der „sozialistischen Errungenschaften“ in der „DDR“ eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung, heute lautet seine Alternative: entweder wird ganz Deutschland kommunistisch oder es gibt keine Wiedervereinigung.

Die SED-Führung scheint jetzt davon überzeugt zu sein, daß die „sozialistische Entwicklung“ in der Zone und die Errichtung der Mauer, d. h. die Beseitigung der Fluchtbewegung, ihr größere Chancen und Möglichkeiten bei der Verfolgung ihrer gesamtdeutschen Politik bietet. Es wäre verfehlt, die verstärkte politische Aggressivität Pankows gegenüber der Bundesrepublik nur als eine Flucht nach vorn, d. h. eine Flucht vor den eigenen inneren Schwierigkeiten und als ein Ablenkungsmanöver gegenüber der eigenen Bevölkerung zu werten. Sicher hat dieser Gesichtspunkt auch seine Bedeutung. Vom Standpunkt der kommunistischen Doktrin aus ist jedoch die augenblickliche SED-Politik geradezu notwendig: Nachdem der „Sozialismus“ in der „DDR“ im wesentlichen „errichtet“ ist, muß er in ganz Deutschland missionarisch werden, d. h. die „zurückbleibenden, ausgebeuteten, versklavten Landsleute in Westdeutschland vom Imperialismus befreien“.

Die Aufgaben der Ost-CDU

Nach der Veröffentlichung des „nationalen Dokuments“ wurde in der „DDR“ eine „nationale Welle“ entfacht. Die SED-Presse stand ganz im Zeichen der „Diskussion“ über dieses „Dokument“. Hunderte von Versammlungen wurden durchgeführt, auf ihnen wurden die Delegierten für den „Nationalkongreß“ gewählt, der am 16. und 17. Juni 1962 in Berlin zusammentrat.

Die Ost-CDU veranstaltete nach der Veröffentlichung des „Dokuments“ zwei Hauptvorstandssitzungen in Görlitz (29. und 30. März 1962) und auf der Wartburg bei Eisenach (14. und 15. Mai 1962). Die Hauptvorstandssitzungen beschäftigten sich vornehmlich mit der Frage, wie die Ost-CDU im Sinne des „Dokuments“ ihre Arbeit entfalten solle. Außer diesen beiden Tagungen trat der Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, auf einer Zusammenkunft der „Arbeitsgruppe Christliche Kreise beim Nationalrat“ am 10. Mai 1962 mit einem Grundsatzreferat hervor.

Nach dem „nationalen Dokument“ fällt der Ost-CDU vornehmlich die Aufgabe zu, in den christlichen Bevölkerungsteilen ganz Deutschlands das „Dokument“ zu popularisieren. Im einzelnen ist ihr dabei die Aufgabe gestellt, aus einer sogenannten fortschrittlichen christlichen Tradition heraus die kommunistische Deutschlandkonzeption zu rechtfertigen. Die Ost-CDU soll mit die „verderbliche Rolle der offiziellen christlichen Politik in der Vergangenheit“ entlarven und unter anderem nachweisen, daß es gute und schlechte Christen gibt, daß die „DDR“ die

Heimstatt der guten Christen sei, in der ein Mißbrauch des Christentums unmöglich gemacht wird. Die „DDR“ soll als die Staatsordnung hingestellt werden, die den Vorstellungen des Christentums entspricht.

Auf der Wartburg-Tagung sagte Dr. Gerhard Descyk, „fortschrittlicher“ Katholik und Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der Ost-CDU, u. a.:

„Das nationale Dokument ‚Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands‘ gibt uns Christen Anlaß zu ernster Selbstprüfung unseres eigenen Verhaltens in den zurückliegenden Jahrzehnten der Geschichte unserer Nation. Es nötigt uns, aus dem Ergebnis einer solchen Bilanz Schlußfolgerungen für unsere heutige gesellschaftliche Entscheidung in den Grundfragen unseres nationalen Daseins zu ziehen. ... Das Dokument fordert uns Christen zur Parteinahme für die Sache unseres Volkes, für die Sache des Friedens und des Sozialismus auf. So weist das Dokument uns christlichen Demokraten den einzig möglichen Weg, der Verantwortung für die Zukunft unserer Nation gerecht zu werden, indem wir die Vollendung des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik mit aller Kraft unterstützen und zugleich die friedens- und verständigungswilligen christlichen Kreise Westdeutschlands auf den Kampf gegen den Hauptfeind unseres Volkes im eigenen Lande, auf den Kampf gegen die unheilvollen Kräfte des Imperialismus und Militarismus lenken“ (Neue Zeit, 15. 5. 62, S. 3).

Desczyk, Götting und andere Führer der Ost-CDU verzeichnen und verzerren systematisch die Geschichte, um die kommunistischen Thesen zu erhärten. Die deutschen Bischöfe sind nach ihrer Ansicht fast ausnahmslos Komplizen der Reaktion und der Verderber Deutschlands gewesen. (Teile aus Hirtenbriefen werden als „Beweisstücke“ zitiert.) Es gab ihrer Ansicht nach bisher immer nur die verderbliche Allianz von „Thron und Altar“ bzw. heute von „Bonn und Altar“. Immer sei in der Vergangenheit und auch heute noch (in der Bundesrepublik) der christliche Glaube politisch mißbraucht worden.

Neben dieser Technik der Geschichtsfälschungen, die leicht als solche zu erkennen sind, bedienen sich die Exponenten der Ost-CDU auch verfänglicherer Methoden.

So führte Gerald Götting vor der „Arbeitsgruppe Christliche Kreise“ unter anderem aus:

„Die Realisierung der gesellschaftlichen Konsequenzen des christlichen Glaubens ist nur an der Seite und unter Führung, in der Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus möglich.

Im Kampf gegen die Barbarei des Faschismus begriffen größere Kreise von Christen und Geistlichen etwas von der Notwendigkeit einer Einheitsfront zwischen Nichtchristen und Christen. In den faschistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern wurde die Grundlage der Gemeinsamkeit gelegt, die in unserer Deutschen Demokratischen Republik nicht nur fortgeführt, sondern vertieft und gefestigt wurde. Die christlichen Blutzügel Paul Schneider und Bernhard Lichtenberg, Dietrich Bonhoeffer und Alfred Delp starben in dem Bewußtsein, daß die Welt, für die sie gekämpft hatten und für die sie in den Tod gingen, eine solche der brüderlichen Zusammenarbeit über weltanschauliche Gegensätze hinweg sein würde.

Die Deutsche Demokratische Republik nimmt das Erbe dieser Männer wahr ... In der Deutschen Demokratischen Republik hat die grundlegende Erneuerung der Gesellschaftsordnung auch den Kirchen geholfen, zu einer rechten gesellschaftlichen Neuorientierung zu kommen. In diesem Prozeß einer geistigen Neubesinnung ist auch die unbewältigte Vergangenheit der Christenheit in Deutschland bei uns weithin aufgearbeitet worden ...

Was katholische Denker wie Romano Guardini und Hans Urs von Balthasar in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ausgesprochen haben — es ist lebendig in den katholischen Staatsbürgern, die hier an einer neuen sozialgerechten Gesellschaftsordnung mitbauen.

Insofern ist unser Staat auch für die immer größer werdende Zahl Christen in Westdeutschland, die ein wachsendes Unbehagen gegenüber der Bindung der offiziellen Kirchenleitun-

gen an die Bonner Politik äußert, Vorbild und Perspektive für die Zukunft“ (Neue Zeit, 11. 5. 62, S. 4).

Mit solchen Geschichtsmanipulationen versuchen die Sprecher der Ost-CDU auftragsgemäß Keile in die christliche Bevölkerung zu treiben und vor allem die Kirchenführungen, die sich der kommunistischen Gleichschaltung widersetzen, zu isolieren. Das „Petrusblatt“ (Kirchenzeitung im Bistum Berlin) bemerkte zu diesen Bestrebungen am 20. Mai 1962:

„Romano Guardini, der große Theologe, endete in Berlin 1952 beim 75. Deutschen Katholikentag seine Rede mit den Worten: ‚Es wird sich zeigen, daß durch die Wirrnis der verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Gegensätze, welche die Welt erfüllen, zwei große Fronten gehen, auf denen die eigentlichen Dinge entschieden werden: die jenes Menschen, der den Anspruch erhebt, sein Dasein und sein Werk aus ihm selbst heraus zu verstehen, und die des anderen, der seinen Namen immerfort aus dem Namen Gottes und seinen Auftrag vom wirklichen Herrn empfängt.‘

Genau diesen Gegensatz suchen Götting und seine Genossen zu bagatellisieren, um dem kommunistischen Atheismus zum Sieg zu verhelfen.“

Damit den Christen wirklich „geholfen“ werden könne, müßten sie sich nach den Reden der Führer der Ost-CDU völlig in die Nationale Front integrieren. In Wirklichkeit soll jedoch nicht den Christen „geholfen“ werden, sondern die von der kommunistischen Führung gewünschte politisch-gesellschaftlich-moralische Einheitsfront der Zonenbevölkerung verwirklicht werden, und zwar dadurch, daß die christlichen Bevölkerungsgruppen auf alle ihre Belange und Rechte verzichten. Die heute vorhandenen Gegensätze in der Bevölkerung versucht man mit entsprechenden nationalen Phrasen zu überdecken.

Dr. Desczyk führte auf der Wartburg unter anderem aus:

„Durch unsere Mitarbeit in der Nationalen Front verwirklichen wir das Vermächtnis der Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes. Auf diese Weise sorgen wir gleichzeitig dafür, daß in einem kommenden Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, so wie es in unserer Republik bereits beispielgebend Gestalt angenommen hat, die Hoffnungen und Bestrebungen der vaterlandsliebenden Christen nicht noch einmal enttäuscht werden können. ... Wir sind glücklich darüber, daß wir diese Ordnung mitgestalten und mitverantworten können. In der Praxis dieser Arbeit für den Frieden und für den Sozialismus haben wir unseren Platz gefunden in der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in unserer Republik immer deutlicher Gestalt gewinnt und deren Verkörperung die Nationale Front darstellt“ (Neue Zeit, 15. 5. 62, S. 3 und 4).

Da die Ost-CDU-Führer sich für die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten aussprechen, distanzieren sie sich selbstverständlich auch von den „NATO-Kirchen“ (Neue Zeit, 15. 5. 62, S. 4).

Um die Kommunisten bei der Infiltrationstätigkeit noch wirkungsvoller zu unterstützen und den Christen in der Bundesrepublik Sand in die Augen zu streuen, machte Desczyk unter anderem noch folgenden beachtenswerten Vorschlag:

„Es wäre wünschenswert, wenn die Ergebnisse des 9. Februar 1961 [an dem sich „fortschrittliche Christen“ unter der Führung von Prof. D. Emil Fuchs mit Ulbricht trafen und die gemeinsame Plattform für Kommunisten und „Christen“ besprachen], die so verheißungsvolle Perspektiven für die christliche Existenz im Sozialismus eröffnen, auch in diesem Dokument fixiert werden würden. Das würde sicher dazu beitragen, viele, heute noch abseits stehende Glieder der Gemeinden für die Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Darüber hinaus könnte es geeignet sein, progressive Christen in der

Bundesrepublik im positiven Sinne zu beeinflussen, die angesichts der spannungsreichen Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR in den vergangenen Jahren und angesichts der westlichen Propaganda Befürchtungen über die Zukunft der Kirche in einem sozialistischen Land haben. Wir schließen uns diesem Vorschlag an und empfehlen dem Nationalrat der Nationalen Front, bei der Überarbeitung des nationalen Dokuments entsprechend zu verfahren“ (Neue Zeit, 15. 5. 62, S. 4).

Theologische Manipulationen

Die Führer der Ost-CDU bemühen sich auch, kirchliche Amtsträger zur Zustimmung zum „Dokument“ zu bewegen. Bisher gelang ihnen das nur bei einigen wenigen Protestanten. Einige evangelische Geistliche veröffentlichten in der „Neuen Zeit“ kritische Selbstbekenntnisse über fehlerhafte Haltungen in der Vergangenheit. Am Schluß solcher „Geständnisse“ wird dann jedesmal dankbar die Bedeutung des „nationalen Dokuments“ gewürdigt (so z. B. von Pastor Evers in der „Neuen Zeit“ vom 13. 5. 62). Daneben versucht man auch, mit „theologischen Überlegungen“ zersetzend zu wirken.

Der Aspirant der Theologie an der Universität Rostock Gert Wendelborn schrieb in einem Artikel „Unser Glaube befreit uns zu rechtem Handeln“ unter anderem folgendes:

„Der christliche Glaube ist überhaupt keine Weltanschauung. Diese Feststellung scheint mir für eine sachentsprechende Benennung auf unsere heutigen Aufgaben sehr wichtig zu sein. Denn wenn es sich bei unserem christlichen Glauben um eine Weltanschauung handelte, würde es im Ernst keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Marxisten geben, es sei denn für eine gewisse Zeit aus taktischen Gründen. Eine Weltanschauung erhebt ihrem Wesen nach den Anspruch, einzig gültige Richtschnur für das menschliche Handeln zu sein; sie beansprucht absolute Gültigkeit. So erhebt der Marxismus mit vollem Recht den Anspruch, die einzige wirklich wissenschaftliche Darstellung der Entwicklungsgesetze in der Gesellschaft und deshalb die einzige wirklich wissenschaftliche Anleitung zum Handeln für den Fortschritt zu sein.

Einen solchen Anspruch erhebt der christliche Glaube nicht. Er will und kann keinen Weg für die beste Gestaltung der menschlichen Gesellschaft weisen, will und kann überhaupt keine rationale Erhellung objektiver Gesetze in Natur und Gesellschaft, der Welt des objektiv Vorhandenen zeigen. Ihm geht es vielmehr um einen anderen Bereich der Wirklichkeit, den Bereich innerster Existenz des Einzelmenschen. Er wird dabei geleitet von einem bestimmten Existenzverständnis.

Der glaubende Mensch weiß sich nämlich als Geschöpf; er bekennt, daß er in jedem Augenblick seines Lebens von einer ihn schlechthin bestimmenden Macht abhängig ist, die ihm das Leben geschenkt hat und es ihm im Tode wieder nimmt. Er glaubt, daß er alle seine Gaben und Kräfte einzig dieser Macht, eben Gott, verdankt. Dieser Gott ist Herr des Menschen, ihm weiß er sich verantwortlich, seinem Zorn und seiner Gnade weiß er sich ausgesetzt . . .

Der rechte Gebrauch der Vernunft, zu dem der Glaube befreit, führt nun m. E. in der Gegenwart die Christen zu der Erkenntnis, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. Bei allem Wissen um die Kompliziertheit historischer Prozesse sollte vorurteilsfreie, sachliche Überlegung doch zu dem Ergebnis kommen, daß die Entwicklung zum Sozialismus und anschließend zum Kommunismus eine geschichtlich notwendige, nach objektiven Gesetzen sich vollziehende Entwicklung ist. Oder wollen wir heute, da es um die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze in der menschlichen Gesellschaft geht, wie sie der historische Materialismus uns vermittelt, wieder die Stunde verpassen?“ (Neue Zeit, 14. 4. 62, S. 4).

Der Verrat an den Christen

Die jetzt von der Ost-CDU entwickelte Politik wurde in ihren Grundzügen bereits unmittelbar nach der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED (23. bis 26. November 1961) festgelegt. Die Ost-CDU-Führung bekam von der SED-Führung damals den Auftrag, ihre Partei stärker in die „Nationale Front“ zu integrieren, um noch

wirksamer die Mitglieder der Ost-CDU zu einer kontrollierten „positiven“ Aktivität anzuhalten. Auf der 8. Tagung des Hauptvorstandes der Ost-CDU (11. und 12. Dezember 1961) sagte der stellvertretende Generalsekretär Wolfgang Heyl, daß die „Mitarbeit in der Nationalen Front das Kernstück unseres gesamten politischen Wirkens“ ist („Neue Zeit“, vom 28. 12. 61, S. 3). Gleichzeitig bekannte sich die Ost-CDU-Führung zur aktiven Unterstützung bei der Formung des „sozialistischen Menschen“, d. h., sie erklärte sich bereit, in entsprechend geschickter Weise Christen der sozialistischen Ideologie bzw. der atheistischen Weltanschauung auszuliefern.

Funktionäre der Ost-CDU scheuten nicht einmal davor zurück, gegenüber den Geistlichen bestimmte Forderungen zu erheben. Der Vorsitzende des Ost-CDU Kreisverbandes Naumburg, Siegfried Rühle von Lilienstern, veröffentlichte am 25. Juli 1962 unter der Überschrift „Seelsorger im sozialistischen Staat“ in der „Neuen Zeit“ folgende Gedanken:

„Die gewaltige gesellschaftliche Umwälzung, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik beim entfalteten Aufbau des Sozialismus erleben, erfordert von dem kirchlichen Amtsträger als Seelsorger und Gemeindegliedern die richtige Einstellung zur sozialistischen Wirklichkeit . . .

An alle Pfarrer in unserer Republik tritt daher die Forderung, die Lebensfragen unserer Nation, die Fragen des Kampfes um den irdischen Frieden, um die Pax terrena, mit ihren Gemeindegliedern nicht nur zu tragen, sondern auch tatkräftig anzufassen. Der Seelsorger muß dem Glied seiner Kirchengemeinde in verständlichen Worten sagen können, wie der Christ zum Aufbau einer neuen, gerechten Gesellschaftsordnung und zur Sicherung des Friedens unter den Völkern beizutragen hat. So soll der Pfarrer der geistliche und geistige Helfer der christlichen Bevölkerung sein; er ist dazu berufen, seinen Gemeindegliedern bei dem nicht leichten, sondern oft recht beschwerlichen Weg in das neue Land des werdenden Sozialismus brüderlicher Begleiter zu sein. Hierzu ist es Voraussetzung, daß der Seelsorger selbst in unserem Staat auch seine geistige Heimat hat.

Die Worte des Geistlichen von der Kanzel oder im seelsorgerlichen Gespräch dürfen niemals einen geistigen Zwiespalt im Herzen der christlichen Menschen aufreißen oder hinterlassen. Der christliche Staatsbürger, der in inneren Widerspruch zum sozialistischen Leben gerät, wird Schaden nehmen. ‚Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze‘ — diese Feststellung aus der programmatischen Erklärung des Staatsrates der DDR sollten unsere Pastoren in ihrer täglichen Gemeindegemeindearbeit immer wieder bedenken.

Wie aufbauend ist es, wenn der Seelsorger den christlichen Laien vom Evangelium her sagt, daß in der sozialistischen Ordnung mehr Raum für den Christen ist als in der vom kapitalistischen ‚freien Spiel der Kräfte‘ bestimmten Gesellschaft!

Ist es daher richtig, wenn der Pfarrer, der in der DDR das Evangelium frei verkündigen kann, ohne Beziehung zum praktischen Leben, zum sozialistischen Alltag in unserem Staat bleibt? Muß dadurch nicht eine der kirchlichen Gemeinde sehr schädliche Isolierung des Seelsorgers eintreten?“

Damit wurden geradezu klassisch die kommunistischen Forderungen an einen Seelsorger in der „DDR“ formuliert.

Auf den Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen der Ost-CDU, die vom Juli bis Oktober 1962 durchgeführt wurden, versuchte die Führung die Mitglieder in noch stärkerem Maße zur aktiven Unterstützung des Kommunismus zu drängen. Dabei stand vor allem die Beteiligung am sogenannten Produktionsaufgebot im Mittelpunkt. Der Leiter der Abteilung Politik im Hauptvorstand der Ost-CDU, Adolf Niggemeier, erklärte auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Halle:

„Der Geist des Produktionsaufgebotes sollte in unserer ganzen Parteiarbeit wirksam werden und einfließen in die Ausschüsse der nationalen Front, in die Hausgemeinschaften“ (Neue Zeit, 18. 7. 62).

Allen Mitgliedern der Ost-CDU wurde die Aufgabe gestellt, das nationale Programm „in die Herzen aller Bürger zu tragen“. Die aktivsten Mitglieder der Ost-CDU wurden den Delegierten der Parteikonferenzen und in der Presse der Ost-CDU als „Pioniere der Nation“ vorgestellt. Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) forderte der stellvertretende Generalsekretär der Ost-CDU, Wolfgang Heyl, sogar:

„Nun kommt es darauf an, in allen Ortsgruppen auch den Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu studieren, um bei allen Unionsfreunden das Verständnis für die führende Rolle der Arbeiterklasse zu vertiefen. Erst dann ist jedes Mitglied unserer Partei befähigt, die historische Mission der Arbeiterklasse richtig zu verstehen, und die CDU in der Lage, ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nachzukommen“ (Neue Zeit, 16. 9. 62).

Durch die „nationale Welle“ erhöht sich der Druck auf

die Christen in Mitteldeutschland. In noch stärkerem Maße als zuvor zwingt die SED die Christen zu „positiven Entscheidungen“, „Friedensbekenntnisse“ abzulegen, sich von den „reaktionären NATO-Bischöfen“ zu distanzieren, eine „fortschrittliche Christentradition“ zu bekennen, den „einzig rechtmäßigen deutschen Staat“ zu bejahen. Wer sich diesen Forderungen entzieht, muß damit rechnen, als „schlechter Deutscher“ und auch als „schlechter Christ“ diffamiert zu werden.

Die Ost-CDU wird außerdem im Auftrag der SED-Führung ihre Arbeit in der Bundesrepublik beträchtlich verstärken; zunächst um Kontakte herzustellen, dann um mit Hilfe der Kontakte die Christen in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Es wird notwendig sein, sich mit den Geschichtsklitterungen der Ost-CDU auseinanderzusetzen und der beabsichtigten Verwirrung in christlichen Kreisen vorzubeugen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Kirche im Vorort

Soziologische Erkundung einer Pfarrei

Ältere Soziologen, wie Émile Durkheim, Ernst Troeltsch und Max Weber, hatten sehr viel Interesse an religiösen und kirchlichen Phänomenen, weil diese ihrer Meinung nach eine große Rolle im gesellschaftlichen Leben oder zumindest in der Entwicklungsgeschichte der modernen westeuropäischen Gesellschaft spielen. Diesem „goldenen Zeitalter“ der Religionssoziologie folgte eine Phase der Interesselosigkeit. Sie ging vor allem auf die in amerikanischen Kreisen weitverbreitete Ansicht zurück, Religion und Kirche seien Phänomene des „cultural lag“; mit dem gesellschaftlichen Fortschritt würden sie von selbst als Rest einer abgeschlossenen geschichtlichen Periode verschwinden.

Inzwischen entstand — nach einem Vorspiel in den USA in den zwanziger Jahren — in Frankreich und den Niederlanden während der vierziger Jahre eine Bewegung, die man als „sociologie religieuse“ bezeichnet. Beeindruckt von Erscheinungen wie Unkirchlichkeit, kirchliche Passivität und besorgt um die wachsende Kluft zwischen Kirche und Gesellschaft, begannen kirchlich aufgeschlossene Personen, unter Anwendung statistischer und historischer Methoden die faktische Lage der Kirchen zu analysieren. Diese Studien galten vor allem der Unkirchlichkeit, der religiösen Praxis, dem Priesterbestand und der Organisation der Seelsorge. Es wurde vieles aufgedeckt, was bisher noch nicht bekannt war, und vieles wurde aufgezeigt, worüber man bisher nur vage wußte. Die meisten Vertreter der „sociologie religieuse“ stammen nicht aus der Soziologie. Dementsprechend gingen sie nicht von soziologischen Theorien und Hypothesen aus. Zudem gingen sie meistens nur statistisch vor und versuchten, auf komprehensiver Weise die gesamte religiöse Lage in einer Pfarrei, Diözese oder einem Gebiet zu schildern. Das Ziel der Analysen waren praktische Schlüsse für Apostolat und Seelsorge.

Nach dem zweiten Weltkriege kam man in den USA zur Einsicht, daß Religion und Kirche trotz aller Vorhersagen lebendig geblieben waren und gerade in den USA — gemessen an der wachsenden Zahl der Kirchenangehörigen

und Kirchenbesucher — sogar an Einfluß gewonnen hatten. Damit wurde auch das Interesse für die gesellschaftliche Bedeutung dieser Erscheinungen wieder größer. Der Gedanke des „cultural lag“ wurde allmählich aufgegeben.

Heute läßt man die Frage nach dem Ursprung der Religion auf sich beruhen, betrachtet sie als ein funktionales Erfordernis des sozialen Lebens und versucht ihre Struktur und Bedeutung zu analysieren. Die modernen Religionssoziologen bauen weder große Systeme auf, wie die klassischen Autoren, noch bedienen sie sich in erster Linie historischen und ethnologischen Materials. Ausgehend von der modernen allgemeinen soziologischen Theorie, formulieren sie konkrete Hypothesen, die sie durch die modernen Methoden des Experiments, der Beobachtung und Befragung, überprüfen.

Allmählich hat man in breiten Kreisen der „sociologie religieuse“ eingesehen, daß nicht nur der Sache selbst, sondern auch der pastoralen Anwendung der Forschungsergebnisse mit einem strengeren wissenschaftlichen Verfahren gedient ist. Das ist jedoch nicht bei allen Vertretern dieser Forschungsrichtung der Fall. So ist es zu einer Spaltung gekommen. Ein Teil der nicht soziologisch ausgebildeten und unmittelbar pastoral interessierten Forscher treibt die „sociologie religieuse“ weiter wie bisher. Viele andere wenden sich aber sehr bewußt der eigentlichen Religionssoziologie zu. Sie versuchen, Anschluß an die allgemeine Soziologie zu bekommen, und wünschen sich ihrer mehr wissenschaftlichen Begriffe, Methoden und Techniken zu bedienen. Die unmittelbaren pastoralen Interessen rücken in den Hintergrund, man enthält sich konkreter pastoraler Vorschläge. Man übt lieber Geduld und versucht, einen differenzierten Begriffsapparat aufzubauen und die Ergebnisse der empirischen Forschung nach und nach einzubauen. Die Bezeichnung „sociologie religieuse“ wird ausdrücklich abgelehnt; man spricht vorwiegend von kirchlicher Sozialforschung, noch lieber von „sociologie des religions“ oder Religionssoziologie.

Eine soziologische Theorie der Pfarrei

Gegen diesen Hintergrund muß die Studie von Osmund Schreuder „Kirche im Vorort. Soziologische Erkundung einer Pfarrei“ (Herder, Freiburg i. Br. · Basel · Wien 1962,